

## Chronik des Tages.

Der österreichische Bundeskanzler D. Ramek ist zum Besuche des Reichspräsidenten und der Reichsregierung in Berlin eingetroffen.

In Anwesenheit des Reichskanzlers, des Reichstagspräsidenten und zahlreicher Parlamentarier findet heute in Freiburg i. Br. die Beisetzung des Zentrumsführers Fehrenbach statt.

Der Reichstag hat den Reichshaushaltsplan in dritter Lesung verabschiedet.

Die Preussische Regierung hat trotz der Ablehnung der Hauszinssteuer vorlage von einer Auslösung des Landtags abgesehen.

Die gesetzliche Miete in Preußen ist vom 1. April ab bis auf weiteres auf 94 bezw. 90 v. H. der reinen Friedensmiete festgesetzt worden.

Der deutsche Gesandte in Wien, Pfeiffer, liegt kurzelt einem Verleiden schwer erkrankt in Lugano dantesder.

Das rumänische Kabinett Bratianu ist zurückgetreten.

## Zum Tode Fehrenbachs.

Das Beileid des Reichspräsidenten und der Reichsregierung.

Reichspräsident v. Hindenburg hat anlässlich des Ablebens des Reichspräsidenten a. D. und Reichstagsabgeordneten Konstantin Fehrenbach der Zentrumsfraktion des Reichstages zum Tode ihres Vorsitzenden das Beileidstelegramm geschickt, in dem es heißt:

„Ich werde dem trefflichen Manne, der, stets vom besten Willen befeuert, dem deutschen Volke in führenden Stellen treu gedient hat, ein ehrendes Andenken bewahren.“

Der Reichskanzler Dr. Luther sandte an die Zentrumsfraktion des Reichstages folgendes Telegramm:

„Der Tod Fehrenbachs, dieses aufrechten, deutschen Mannes, reißt eine unausfüllbare Lücke nicht nur in die Reihen des Zentrums, sondern darüber hinaus in die des deutschen politischen Lebens. Ueber vier Jahrzehnte hat er seine staatsmännischen Fähigkeiten und seinen großen Schatz an Wissen und Erfahrung in den Dienst der Allgemeinheit gestellt. So wurde er zu den höchsten Ämtern berufen, die das deutsche Volk zu vergeben hat, und leistete unermüdeten Dienst dem Vaterlande.“

Der Reichstagsfraktion des Zentrums sind von allen Fraktionen und vom Reichstagspräsidenten Beileidsschreiben zugegangen. An die Tochter des Verstorbenen, Frau Dr. Koffet in Freiburg, sind zahlreiche Beileidstelegramme gerichtet worden, so vom Reichskanzler Dr. Luther, vom bairischen Staatspräsidenten Trunk und von den Zentrumsfraktionen des Reichstages und des Preussischen Landtags.

## Ehrendegräbnis in Freiburg.

Luther am Grabe Fehrenbachs.

Nach Eintreffen der Nachricht vom Tode Fehrenbachs, der Ehrenbürger der Stadt Freiburg war, versammelte sich der Stadtrat zu einer Trauerkundgebung, in der einstimmig beschlossen wurde, die Bestattung Fehrenbachs als Angelegenheit der Stadt zu behandeln und sich geschlossenen an der Beisetzung zu beteiligen. Die Beisetzung in Freiburg findet am Sonntag nachmittag in der Trauerfeierlichkeiten ist am Sonntagabend von Berlin aus ein Sonderzug nach Freiburg abgefahren. Von der Reichsregierung haben sich Reichskanzler Dr. Luther und Reichsjustizminister Dr. Marx nach Freiburg begeben. Die Zentrumsfraktion des Reichstages nimmt vollständig an der Beerdigung teil, um ihrem verstorbenen Vorsitzenden die letzte Ehre zu erweisen. Ebenso sind das Reichstagspräsidenten und zahlreiche führende Mitglieder anderer Fraktionen und Parteien zu der Beisetzung Fehrenbachs in Freiburg eingetroffen.

Bei der Trauerfeier wird am Grabe nach der Rede des Pfarrers der Vorsitzende der Zentrumsfraktion Reichskanzler a. D. Marx die Gedächtnisrede halten, dann wird Reichskanzler Dr. Luther sprechen und darauf Reichstagspräsident Voegelé.

Am zweiten Mai findet im Plenarsaal des Reichstages eine Gedächtnis- und Trauerfeier für Fehrenbach statt, bei der Reichsjustizminister Dr. Marx die Gedächtnisrede halten wird. Nach der Osterpause des Reichstages wird die Zentrumsfraktion des Reichstages ein feierliches Requiem in der St. Hedwigs-Kirche halten lassen.

## Das Preuzentkabinett bleibt.

Keine Landtagsauflösung.

Die unerwartete Ablehnung der Hauszinssteuer vorlage im Preussischen Landtag, die nur dadurch möglich war, daß eine Reihe Sozialdemokraten und Zentrumsgesandte vor der entscheidenden Abstimmung abgereist waren, legte naturgemäß die Frage nahe, ob der Landtag auf Grund der Regierungsniederlage aufgelöst werden müsse. Unmittelbar nach der Ablehnung der Vorlage fand im Landtage eine Ministerbesprechung statt, in der die Frage der Landtagsauflösung besprochen wurde. Im Anschluß an diese Besprechung begaben sich die Minister in den eigens zusammenberufenen interfraktionellen Ausschuss, um einen endgültigen Entschluß zu fassen.

Nach der Aussprache mit den Regierungsparteien wurde eine amtliche Mitteilung veröffentlicht, in der die Preussische Regierung erklärt, daß sie nicht zurücktreten werde. Die Ablehnung der Hauszinssteuer im Landtage sei, so heißt es in der Erklärung, nicht aus sachlichen Gründen erfolgt. Jede Regierung müsse eine entsprechende Vorlage schon zur Durchführung der reichsgesetzlichen Bestimmungen bringen. Die Ablehnung stelle die Einführung der Verbesserungen vorläufig in Frage, sie sei außerdem nur durch eine Zufallsmehrheit herbeigeführt worden. Eine gesetzliche Lücke entstehe nicht, da ein Zwischengesetz, dessen Geltung nicht beschränkt sei, in der vorigen Woche vom Landtag verabschiedet sei. Die Regierung werde einen Weg finden, um bis zum 1. Juli eine dem Reichrecht entsprechende Lösung herbeizuführen.

„Bei dieser Lage“, so schließt die Erklärung, „würde die Regierung ihre Pflicht gegenüber dem Lande verletzen, wenn sie zurücktreten und eine Krise heraufbeschwören wollte, umso mehr, als der Landtag noch am Tage zuvor der Regierung das Vertrauen quittiert hat.“

Bei der Feststellung des Ergebnisses der Schlußabstimmung zur Hauszinssteuer ist dem Bureau des Landtages ein Versehen unterlaufen. Mit Nein stimmten 198, mit Ja 192 und nicht, wie bekanntgegeben war, 195 Stimmen. Drei ungültige Stimmen waren versehentlich mitgezählt worden.

## Politische Rundschau.

— Berlin, den 29. März 1926.

Der preussische Ministerpräsident Brauns hat einen dreiwöchigen Österreichurlaub angetreten, den er in Lugano verbringen wird.

Dem Vorsitzenden der Fraktion der Bayerischen Volkspartei im Reichstage, Domkapitular Leicht, wurde die Würde eines päpstlichen Domprälaten verliehen.

Die Fehrenbachs Nachfolgerin im Reichstag. An Stelle des verstorbenen Reichskanzlers Fehrenbach wird im Reichstag nach der Wahlvorschlagsliste der Zentrumsfraktion Frau Klara Philipp, die Gattin des Landesforstmeisters Philipp in Karlsruhe, treten. Frau Klara Philipp gehört schon seit mehreren Jahren dem Vorstand des Reichsausschusses der Zentrumsfraktion an.

20 Millionen für die Winger. Der Haushaltsausschuss des Reichstages beschloß, den Wingern als Notstandscredite bis zu 20 Millionen Reichsmark sofort zu den bisherigen Bedingungen zur Verfügung zu stellen. Kredite erhalten in der Regel die kleineren und mittleren Weinbaubetriebe. Die reinen Weinbaubetriebe sollen vorzugsweise berücksichtigt werden. Außerdem wurde beschlossen, den Gemeinden mit Heilbädern und privaten Heilanstalten im besetzten Gebiet aus Postbesoldungen einen verbilligten Kredit in Höhe von fünf Millionen Reichsmark auf drei Jahre zur Verfügung zu stellen. Ferner wurde die Reichsregierung ersucht, zur gleichmäßigen Durchführung der Nachschädlungen und Wiederaufbauarbeiten sowie zur Bewährung von Altersbeihilfen vorläufig die Summe von 100 Millionen Reichsmark zur Verfügung zu stellen.

## Rundschau im Auslande.

Der amerikanische Botschafter in London, Soughron, dessen pessimistischer Bericht über die Lage in Europa allenthalben großes Aufsehen erregt hat, wird sich am 3. April in New York einschiffen, um wieder nach London zurückzukehren.

Argentinien kehrt in den Völkerbund zurück.

Argentinien hat sich bekanntlich vor einigen Jahren wegen verschiedener Differenzen aus dem Völkerbund zurückgezogen. Nachdem die Völkerbundversammlung auf ihrer Märztagung Argentinien zum Mitglied der Studienkommission für die Ratserweiterung gewählt hat, scheint die argentinische Regierung gewillt zu sein, sich wieder aktiv an den Arbeiten des Völkerbundes zu beteiligen. Nach einer Meldung aus Buenos Aires hat die Regierung eine Kommission an den Kongress gerichtet, worin eine schnelle Abstimmung über die Frage der Ratifizierung der Entscheidung, daß Argentinien wieder dem Völkerbund beitreten soll, gefordert wird. Diese Abstimmung ist die unerlässliche Voraussetzung dafür, daß die Regierung die Einladung zur Teilnahme an den Beratungen von Völkerbundsausschüssen annimmt.

Brasilien verhandelt mit Frankreich.

Wie die Pariser Blätter melden, ist der Rabinetschef des Präsidenten von Brasilien, D. Ferreira, in Bordeaux angekommen. Er begab sich in besonderem Auftrage des Präsidenten Bernardes nach Paris. Man nimmt an, daß er versuchen wird, die französische Regierung für eine Unterstützung der brasilianischen Ansprüche auf einen künftigen Sitz im Völkerbundrat zu gewinnen.

## Dr. Ramek in Berlin.

Der Besuch des österreichischen Bundeskanzlers.

Der österreichische Bundeskanzler Dr. Ramek ist am Sonntag vormittag zu einem mehrtägigen Besuche bei dem Reichspräsidenten und der Reichsregierung in Berlin eingetroffen. Der Besuch ist eine Erwidderung jenes Besuchs, den seinerzeit die Reichsregierung durch Reichskanzler Dr. Marx in Wien abgeleitet hat. Die Zusammenkunft der deutschen und österreichischen Staatsmänner verfolgt außerdem den Zweck einer unverbindlichen Aussprache über die politische Lage Deutsch-Österreichs und den deutsch-österreichischen Handelsvertrag.

Zur Begrüßung des Bundeskanzlers hatten sich auf dem Bahnhof Reichsaußenminister Dr. Stresemann, der österreichische Gesandte Dr. Frank und Vertreter verschiedener Reichsbehörden eingefunden. Der Bundeskanzler begab sich vom Bahnhof in die österreichische Gesandtschaft, in der er Wohnung genommen hat.

Der Empfang beim Reichspräsidenten.

Nach offiziellen Besuchen beim Reichskanzler Dr. Luther und Minister Dr. Stresemann fand ein Empfang des Bundeskanzlers beim Reichspräsidenten statt, wobei Dr. Ramek dem deutschen Staatsoberhaupt das goldene österreichische Ehrenzeichen, die höchste Auszeichnung der deutsch-österreichischen Republik, überreichte. Anschließend gab der Reichspräsident ein Ehren des österreichischen Bundeskanzlers ein Frühstück, an dem außer der Begleitung Dr. Rameks und der Umgebung des Reichspräsidenten der apostolische Nuntius Pacelli, der österreichische Gesandte, Reichstagspräsident Voegelé, Reichskanzler Dr. Luther, Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann und Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius teilnahmen.

Nachmittags wurden die wirtschaftspolitischen Besprechungen gepflogen. Abends fand in der Staatsoper eine Festvorstellung des „Fidelio“ statt, an die sich ein Bierabend in der österreichischen Gesandtschaft anschloß. Am Sonntag gab Reichskanzler Dr. Luther ein Diner zu Ehren des Wiener Gasten. Für den heutigen Montag ist eine Besichtigung Potsdams vorgesehen. Abends erfolgt die Abfahrt des Bundeskanzlers nach Wien.

Auf der Rückreise wird Dr. Ramek der tschechoslowakischen Regierung in Prag einen Besuch abstatten.

## Der Steuerabbau.

Das Ergebnis der einzelnen Bestimmungen.

Zu einzelnen hatten die Bestimmungen im Reichstag am Spätabend des letzten Sonnabends folgendes Ergebnis:

Der deutschnationale Antrag auf Senkung der Hauszinssteuer um 6 Prozent der Friedensmiete wurde mit 251 gegen 98 Stimmen der Deutschnationalen und der Wirtschaftlichen Vereinigung abgelehnt. Den Ausschussvorschlagen entsprechend wurde beschlossen, daß die Miete von 100 Prozent der Friedensmiete bis zum 31. März 1927 nicht überschritten werden darf. In namentlicher Abstimmung wurde dann über einen kommunikativen Antrag auf völlige Aufhebung der Umsatsteuer abgestimmt. Der Antrag wurde mit 140 gegen 33 Stimmen bei 176 Enthaltungen der Deutschnationalen und Sozialdemokraten abgelehnt.

Die Zugabsteuer wurde aufgehoben. Die Umsatsteuer wurde nach dem Kompromiß auf 0,75 Prozent festgesetzt. Auch die Klassen der politischen Parteien werden von der Umsatsteuer befreit. Die Bestimmungen über die Fusionen und die Vermögenssteuer werden gebilligt.

Auch der Rest der Steuermilderungsvorlage wurde dann in zweiter Lesung unverändert nach den Ausschussbeschlüssen angenommen. Die ganze Vorlage gelangte darauf auch in dritter Lesung zur endgültigen Verabschiedung, und zwar in der Schlußabstimmung gegen die Wirtschaftlichen und Kommunisten bei Stimmenthaltung der Deutschnationalen. Reichsfinanzminister Dr. Reinhold wurde von den Vertretern der Regierungsparteien beglückwünscht.

Nach der Erledigung des Ernährungsetats wurde der Antrag auf Aufhebung von 30 Millionen Reichsmark Kredite zur Schaffung von Maßnahmen gegen Schwankungen des inländischen Roggenpreises (Getreidehandelsgesellschaft) in namentlicher Abstimmung mit 195 gegen 170 Stimmen bei vier Enthaltungen angenommen. Tagesgen stimmten die Sozialdemokraten und die Kommunisten, sowie ein Teil der Demokraten, der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung.

Der Beschluß des Haushaltsausschusses, 20 Millionen für Notstandscredite für die Winger zu bewilligen, wurde bestätigt.

## Osterferien des Reichstages.

Der Reichshaushalt für 1926 genehmigt.

— Berlin, 27. März 1926.

Der Reichstag ging am Sonnabend bis zum 26. April in die Osterferien. Die Schlußsitzung galt der Verabschiedung des Reichshaushaltsplanes für 1926, die damit nach langen Jahren endlich einmal glücklich vor dem Beginn des neuen Etatsjahres am 1. April erfolgt ist.

Mit der Beratung des Haushalts des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft wurde die Frage des Weizenmonopols verbunden. Ein Antrag der Regierungsparteien will aus den Mitteln der Reichsgetreidestelle an ein unter Aufsicht der Reichsregierung stehendes berufstätiges Organ einen Kredit von 30 Millionen gewähren, um durch geeignete Maßnahmen Schwankungen des inländischen Roggenpreises entgegenzuwirken. Ein Einverständnis mit den berufstätigen Organisationen des Handels, der Mühlen und der Konsumenten ist anzustreben. Der Kredit soll bis zum 1. April 1929 zurückgezahlt werden.

Abg. Frau Sander (Soz.) erhob gegen diesen Antrag starke Bedenken, weil es sich hier um die Schaffung eines Privatmonopols handele. Im Gegensatz dazu empfahlen Reichsminister Dr. Gahlende und Abg. Blum (Str.) dringend die Annahme des Antrags.

Die Steuerminderungen.

Beim Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung wurde der Gesetzentwurf über die Steuerminderungen zur Erleichterung der Wirtschaftslage mit zur Beratung gestellt. Abg. Herz (Soz.) erklärte, seine Fraktion stimme nur mit Vorbehalten dem Steuerkompromiß zu.

Abg. Dr. Gerde (Dnat.) stellte fest, daß die vorgenommenen Änderungen an der Steuerminderungsliste im wesentlichen deutschnationalen Anregungen entsprechen. Inwieweit seien noch wichtige Forderungen unerfüllt geblieben. Insbesondere sei die Hauszinssteuer nicht ermäßigt worden. Die Deutschnationalen könnten daher die Verantwortung für das Geschehen nicht übernehmen und würden Stimmenthaltung üben.

Reichsfinanzminister Dr. Reinhold

stellte in Abrede, daß der Regierungsentwurf in seinem Grundcharakter vollständig verändere sei. Unter solchen Umständen hätte die Regierung niemals dem Kompromiß zugestimmt. Das Kernstück der Vorlage, die Senkung der Umsatsteuer, sei geblieben. Aber es war selbstverständlich, daß sich die Regierung der durch den Beschluß auf Aufhebung der Weizensteuer veränderten Sachlage anpassen mußte. Es bleibe Wunsch und Ziel der Regierung, die Umsatsteuer auf 1/2 Prozent zu senken. Auch die letzte Senkung der Umsatsteuer bedeutet eine Summe von 300 Millionen, die der Wirtschaft in Zukunft erhalten bleiben. Das muß selbstverständlich auf die Dauer auch auf die Preise einen Einfluß ausüben.

Abg. Bräuning (Str.) wünschte Auskunft, nach welchen Richtlinien das Reichsarbeitsministerium die Wiedereinführung der ausgesetzten Erwerbslosen in die Arbeit durchzuführen wolle.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns erwiderte, daß in den nächsten Tagen ein Rundschreiben an die Länder abgehen werde. Die Unterstützungsdauer werde grundsätzlich auf 30 Wochen erhöht mit Ausnahme solcher Berufsgruppen, wo die Arbeitsbedingungen günstiger sind. Darüber hinaus werde die Ermächtigung erneuert, die Unterstützungsdauer bis auf 52 Wochen zu erhöhen.

Darauf wurde der Antrag der Regierungsparteien über die Gewährung eines Kredits von 30 Millionen an eine Getreidehandelsgesellschaft mit 195 gegen 170 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen.

Abg. Weder-Hellen (D.V.) erklärte sich grundsätzlich gegen Dauerunterstützungen an den Weinbau. Vorübergehend brauche er aber Kredite, um über die schwere Krise hinwegzukommen.

Abg. Dr. Adler-Klein (Dem.) beglückwünschte die Reichsregierung, daß es trotz mancher Schwierigkeiten doch